

Marktwirtschaft.



- 02 **Schöne Bescherung!**
Editorial von Michael Eilfort
- 03 **Fachtagung Energie**
Auf Wettbewerb oder Staat setzen?
- 04 **Generationenbilanzen im internationalen Vergleich**
Schweiz hui, USA pfui!
- 06 **Irrwege der Sozialpolitik**
Studie des Kronberger Kreises
- 07 **Globale Finanzmarktkrise**
Fachgespräch u.a. mit Jürgen Stark und Oliver Bäte
- 08 **Zur Person**

Schöne Bescherung!

Schöne Bescherung!

Editorial von Prof. Dr. Michael Eilfort, Vorstand der Stiftung Marktwirtschaft



Heiko Sakurai hat es in seiner Karikatur für uns auf den Punkt gebracht: Natürlich verschärft die Finanzkrise mit ihren Folgen Haushaltsnöte. Sie dient aber vor allem als Ausrede, weil es Schönwetterpolitik in konjunkturell guten Zeiten einmal mehr nicht geschafft hat, einen ausgeglichenen Haushalt zu präsentieren,

stattdessen neue Ausgaben ersann, die das Budget nun wie Blei nach unten ziehen.

Im Jahr der Steuerrekordeinnahmen und der Mehrwertsteuererhöhung 2007 hat die Große Koalition ihre Chance verschlafen. Dafür hat der Bundesfinanzminister vorgerechnet, dass bis 2011 ein ausgeglichener Haushalt erreicht werde. Die in Pressemeldungen vorgefertigten Tabellen mit einem fest eingeplanten jährlichen Wachstum von 1,5% (!) wurden überall abgedruckt und als Quasi-Realität verkauft. Die echte Realität war auch ohne Finanzmarktkrise anders zu erwarten.

Jetzt ist die Milch vergossen, gleichwohl muss weiter darüber geredet werden: Die überfällige Schuldenbremse ist nun eben in einer Schlechtwetterperiode zu beschließen, ein sinnvoller Abschluss der Arbeit der Föderalismuskommission Anfang 2009 existenziell: Dies wäre ein entscheidender Schritt weg vom Vulgärkeynesianismus der letzten 40 Jahre: All diejenigen, die heute den vermeintlichen Segen staatlicher Konjunkturförderung entdecken, wären morgen, in der nächsten Hausse, gezwungen, auch die andere, unpopuläre Seite der Medaille zu bedenken.

Eine effektive Schuldenbremse würde auch den vielstimmigen wie schrillen Chor der Konjunkturretter mäßigen. Es gibt kaum einen Vorschlag, der unsinnig genug ist, um im Rahmen der „Aktionismus-Wochen“ nicht (erneut) angepriesen oder beschlossen zu werden: Von Einkaufsgutscheinen über einen „kommunalen Investitionspakt“ (wohin fließen eigentlich die Rekordeinnahmen aus der Gewerbesteuer?) bis zum weiteren Missbrauch des Steuerrechts durch neue Ausnahmen. Der bislang weitgehenden, klugen Zurückhaltung von Bundeskanzlerin und Finanzminister ist da Anerkennung zu zollen.

Wenn irgendetwas hilft gegen das Angstsparen und die Bremsen in den Köpfen potentieller Binnennachfrager, sind

das Transparenz, Planungssicherheit und damit Vertrauen. An Steuerschrauben zu drehen nützt nichts, wenn dabei das Gefühl „rechte Tasche – linke Tasche“ vermittelt wird. Einmalige „Bonbons“ werden mitgenommen – aber im Zweifel aufgespart.

Ein nachhaltiges Konjunkturprogramm muss ein Strukturprogramm sein, über die jetzige Ausnahmesituation hinausreichen und sich in ein langfristiges Konzept fügen. Das Ende des heimlichen Steuerdiebstahls durch „kalte Progression“ wäre dafür ebenso geeignet wie eine steuerliche Entlastung der mittleren Einkommen. Am besten in Verbindung mit einer Steuerstrukturreform, die endlich für ein faires, einfaches und transparentes Steuerrecht sorgt. Den Gesetzentwurf dazu hat unsere Kommission „Steuer-gesetzbuch“ vor Kurzem vorgestellt: www.stiftung-marktwirtschaft.de / *Projekt Steuern*

In eigener Sache

Prof. Dr. Bernd Raffelhüschen erhält den Karl-Bräuer-Preis

Auf dem 14. Deutschen Steuerzahlerkongress hat Prof. Dr. Bernd Raffelhüschen im Herbst den Karl-Bräuer-Preis des Bundes der Steuerzahler (BdSt) erhalten.

Dr. Karl Heinz Däke, Präsident des BdSt, übergab den alle drei Jahre verliehenen Preis an das Vorstandsmitglied der Stiftung Marktwirtschaft mit der Begründung, dass Raffelhüschen kein Blatt vor den Mund nehme und sich in eindrucksvoller Weise und unermüdlich mit der Finanzwirtschaft der öffentlichen Hand auseinandersetze.



IMPRESSUM

Stiftung Marktwirtschaft
Vi.S.d.P.: Susanna Hübner
Charlottenstr. 60, 10117 Berlin
www.stiftung-marktwirtschaft.de
ISSN: 1612-9725

Parallelen in Fehlentwicklungen bei Finanzen und Energie

Auf Wettbewerb oder Staat setzen? Es fehlt an einem klaren Ordnungskonzept

In der Momentaufnahme erscheine die Lage auf den Energie- und Rohstoffmärkten undramatisch – tatsächlich sei dies jedoch eine trügerische Entspannung vor kommenden Energieengpässen. Mit diesem Hinweis eröffnete Stiftungsvorstand Prof. Dr. Michael Eilfort, eine Fachtagung zur Zukunft der Energieversorgung. Eilfort gab seiner Hoffnung Ausdruck, die Vereinbarkeit von ehrgeizigen Klimaschutzzielen mit marktwirtschaftlichen Instrumenten mittelfristig zu erreichen, um Brüsseler Detailregelungen und Staatswirtschaft zu vermeiden. Eilfort verwies auf die in der Zukunft intensivierte Beschäftigung der Stiftung mit diesem Thema. Die provokative Frage, ob die Gesellschaft in Energiefragen nun auf Wettbewerb oder den Staat setzen solle, hatte über einhundert Interessierte aus Verbänden, Medien und politiknahen Institutionen in den Bundestag gelockt. Sie erlebten mehrere umfassende Fachvorträge sowie eine lebhaft diskutierte Diskussion mit den energiepolitischen Sprechern aus den Bundestagsfraktionen.

Prof. Dr. Utz Claassen, ehemals Vorstandsvorsitzender der EnBW, plädierte in seinem Vortrag für eine bessere internationale Abstimmung der Klimaschutzinstrumente. Ohne diese sei ein geografisch begrenzter Emissionszertifikatehandel kontraproduktiv. „Der wirksamste Klimaschutz ist derjenige, der im Einklang mit ökonomischen Kriterien erfolgt“, betonte Claassen. Dr. Lutz Peters, Autor des Buches „Klima 2055“, thematisierte in seinem faktenreichen Vortrag die Verhältnismäßigkeiten einer singulären Förderung Erneuerbarer Energien vor dem Hintergrund der drohenden „Energierücklage“: Bei Licht betrachtet seien Windkraft, Solaranlagen und Kraft-Wärme-Koppelungen nicht in der

Lage, die in Deutschland notwendige Grundlast für Bürger und Industrie zu liefern. Im Jahr des Kernkraftausstiegs 2021 fehlten rund 130.000 Gigawattstunden jährlich. Peters forderte, die Laufzeit der Kernkraftwerke um 30 Jahre zu verlängern, um Alternativkosten von ca. 250 Mrd. Euro zu vermeiden. Zur Verminderung von CO₂-Emissionen seien 30 neue und hocheffiziente Kohlekraftwerke mit CO₂-Abscheidung und -Lagerung zu errichten. Mit Hilfe der in Deutschland reichlich vorhandenen Braunkohle könnte auf dem Weg der Gasgewinnung der Abhängigkeit von Importen entgegengewirkt werden. Prof. Dr. Carl Christian von Weizsäcker, emeritierter Direktor des energiewirtschaftlichen Instituts der Universität zu Köln, betonte die aus seiner Sicht sehr wichtige Festlegung einer Preisobergrenze für CO₂-Zertifikate. Auf diese Weise könnte der Verlagerung energieintensiver Industriezweige in Länder ohne CO₂-Handel entgegengewirkt werden. Dies gelte, solange kein neues, weltweit gültiges Klimaschutzabkommen für die Zeit ab 2012 geschlossen werde. Es bestehe die Gefahr, dass die Vorreiterrolle Deutschlands im Klimaschutz zu einem Programm der Deindustrialisierung werde.

Die Diskussion mit den zuständigen Abgeordneten von SPD, CDU, FDP und Bündnis 90/Die Grünen – moderiert vom Korrespondenten der Neuen Zürcher Zeitung, Dr. Peter Rásonyi – konzentrierte sich vor allem auf die Rolle des richtigen „Energimixes“ in Form einer sicheren und bezahlbaren Verteilung der Stromerzeugung auf die verschiedenen Energieträger. Einigkeit herrschte in der Forderung, den Wettbewerb auf dem europäischen Energiemarkt zu stärken.



Stehend von links: Prof. Dr. C. Christian von Weizsäcker, Prof. Dr. Utz Claassen, Prof. Dr. Michael Eilfort;
sitzend von links: Dr. Peter Rásonyi, Dr. Lutz Peters, Dr. Joachim Pfeiffer MdB.
Ein ausführlicher Tagungsbericht erscheint im Januar 2009.

Überraschende Ergebnisse: Generationenbilanzen

Deutschland nur Mittelmaß, Großbritannien abgeschlagen und Schweiz Vorbild

Nachdem die Stiftung Marktwirtschaft bereits im Sommer dieses Jahres die aktuelle Generationenbilanz für Deutschland vorgelegt hat – mit nach wie vor äußerst bedenklich stimmenden Ergebnissen hinsichtlich der Nachhaltigkeit der öffentlichen Finanzen – wollten wir in einem weiteren Schritt wissen, wie sich die Situation im internationalen Vergleich darstellt. Erste Ergebnisse der internationalen Vergleichsstudie präsentierte Prof. Dr. Bernd Raffelhüschen, Vorstandsmitglied der Stiftung Marktwirtschaft und zugleich Leiter des Forschungszentrums Generationenverträge, mit seinem Mitarbeiter Stefan Moog im November in Berlin.

Für acht Industrieländer wurde die Nachhaltigkeit der öffentlichen Haushalte unter die Lupe genommen und gefragt, ob es sich bei den untersuchten Ländern um „ehrbare Staaten“ mit einer langfristig tragfähigen Fiskalpolitik handelt. Neben der explizit ausgewiesenen Staatsschuld stand vor allem die implizite Staatsverschuldung im Mittelpunkt. Sie resultiert daraus, dass der Staat für die Zukunft Leistungen verspricht, ohne diese mit den gegenwärtigen Steuer- und Abgabensätzen auf Dauer finanzieren zu können.

Da sich alle betrachteten Länder – wenn auch in unterschiedlichem Ausmaß – mit einer deutlich alternden Bevölkerungsstruktur konfrontiert sehen – bedarf es gerade bei den sozialen Sicherungssystemen großer Anstrengungen, um diese langfristig finanzierbar zu halten.

Das Ergebnis der Analyse ist ernüchternd. Nur zwei Länder, die Schweiz und eingeschränkt auch Spanien, können ihre derzeitige Einnahmen- und Ausgabenstruktur auch unter Berücksichtigung der zunehmenden Bevölkerungsalterung aufrechterhalten. Alle anderen Staaten, darunter ist auch Deutschland zu finden, weisen bei Fortführung des Status quo beträchtliche Nachhaltigkeitslücken auf, leben also letztlich auf Kosten zukünftiger Generationen.

Während Deutschland beim Nachhaltigkeitsranking im Mittelfeld liegt, weisen das Vereinigte Königreich und die Vereinigten Staaten die mit Abstand höchsten Nachhaltigkeitslücken (gemessen in Relation zum nationalen Bruttoinlandsprodukt) auf. Zumindest für die USA relativiert sich jedoch das Bild ein Stück weit, wenn man die zur Finanzierung der Nachhaltigkeitslücke notwendige Erhöhung der gesamtwirtschaftlichen Abgabenquote betrachtet. Hier reicht – u.a. aufgrund der in den USA vergleichsweise guten demografischen Entwicklung – eine moderate Anpassung aus.

Die Tatsache, dass die meisten übrigen Staaten sich in einer ähnlich misslichen Lage wie Deutschland befinden, ist allerdings kein Grund zur Entwarnung. Sie zeigt viel mehr, dass wir – wie auch die anderen Länder – noch einige Anstrengungen unternehmen müssen, um zu dauerhaft tragfähigen Staatsfinanzen zu kommen. Die beiden Spitzenreiter zeigen, dass dieses Ziel erreichbar ist.

Internationales Ranking der Generationenbilanzen

	Nachhaltigkeitslücke (in % des BIP)	Explizite Staatsschuld (in % des BIP)	Implizite Staatsschuld (in % des BIP)	Notwendige Abgabenerhöhung (in %)	Notwendige Erhöhung der Abgabenquote (in Prozentpunkten des BIP)
1 Schweiz	-99,8	55,2	-155,0	-4,4	-1,3
2 Spanien	80,8	45,4	35,4	3,0	1,2
3 Österreich	242,7	62,8	179,9	7,0	3,1
4 Norwegen	291,3	40,6	250,8	10,2	4,3
5 Deutschland	315,1	62,5	252,6	14,6	5,8
6 Frankreich	315,3	60,4	254,9	9,0	4,1
7 Vereinigtes Königreich	567,2	37,2	530,0	19,9	7,4
8 USA	624,5	57,1	567,4	20,3	5,3

liegen erstmals im internationalen Vergleich vor

Pressestimmen
vom 19. November 2008

Die Methodik Generationenbilanz

Die Generationenbilanzierung wurde Anfang der 1990er-Jahre in den USA zur langfristigen Analyse der Fiskal- und Sozialpolitik entwickelt. Bei dieser Methode werden die ausgewiesenen gesamtwirtschaftlichen Budgetposten, wie etwa Renten- und Steuerzahlungen, mit Hilfe von altersspezifischen Profilen einzelnen Jahrgängen zugewiesen und dann unter Zuhilfenahme von Bevölkerungsprojektionen weiter in die Zukunft fortgeschrieben. Die resultierenden Indikatoren, u.a. die **Nachhaltigkeitslücke**, ermöglichen es, die Fiskal- und Sozialpolitik auf ihre Nachhaltigkeit und generationsübergreifenden Verteilungswirkungen zu analysieren. Die Nachhaltigkeitslücke setzt sich zusammen aus der heute bereits bestehenden **expliziten Staatsschuld** und der sogenannten **impliziten Schuld**. Die implizite Schuld gibt die Differenz aller zukünftigen Leistungen und Beiträge an, die bei geltendem Recht von allen heute lebenden und allen zukünftigen Generationen noch empfangen bzw. gezahlt werden müssen. Mit anderen Worten zeigt die Nachhaltigkeitslücke, wie groß die Rücklagenbildung sein muss, damit das heutige Leistungsniveau auch für die Zukunft finanzierbar bleibt.



Prof. Dr. Bernd Raffelhüschen und Stefan Moog

DIE WELT

„Eine von Raffelhüschen im Auftrag der Stiftung Marktwirtschaft vorgelegte Analyse zeigt, dass etliche Industrieländer finanziell in eine Schieflage geraten sind“, so das Fazit von Dr. Dorothea Siems von der Tageszeitung Die WELT. „Nicht nur in Deutschland verspricht der Staat seinen Bürgern deutlich mehr Leistungen, als er langfristig mit den gegenwärtigen Steuer- und Abgabensätzen finanzieren kann,“ zitiert Siems das Vorstandsmitglied der Stiftung Marktwirtschaft. „Deutschland liegt mit einer Nachhaltigkeitslücke von 315,1 Prozent des BIP im internationalen Mittelfeld“, woran man sehen könne, schreibt Siems weiter, dass „auch andere Länder [...] in großem Umfang finanzielle Lasten auf künftige Generationen [verschieben]“.

Neue Zürcher Zeitung

Dr. Peter Rásonyi von der Neuen Zürcher Zeitung weist in seiner Berichterstattung über die Pressekonferenz auf die Eigenheiten des Haushaltsrechts hin: „Längerfristige Zahlungsverpflichtungen und Finanzierungslücken vor allem im Bereich der Sozialversicherungen erscheinen anders als Unternehmensbilanzen nicht im Haushalt“, beschreibt er. Als Reaktion auf diesen Mangel „berechnet die Stiftung Marktwirtschaft, ein kleiner Think-Tank in Berlin, seit Jahren die sogenannten Nachhaltigkeitslücken, die unter Berücksichtigung aller gesetzlichen Zahlungsverpflichtungen und Einnahmen des Staates (Gegenwartswerte) entstehen, wenn der Status quo über Jahrzehnte erhalten bliebe. Das Resultat ist verheerend.“

Der Schweizer Hauptstadtkorrespondent schreibt weiter: „Erstmals hat die Stiftung ihre Berechnungen auf weitere Staaten ausgedehnt.“ Sie kommt zu dem Ergebnis, dass „Deutschland im Mittelfeld erscheint, die Schweiz als Musterknabe, die USA und Großbritannien als dramatisch verschuldet“. Die Ergebnisse der Schweiz resümiert Rásonyi wie folgt: „Bei der impliziten [Staatsschuld] weist sie erstaunlicherweise einen Überschuss aus. Das bedeutet, dass der Staat seinen Bürgern langfristig weniger Leistungen verspricht, als er dafür nach gegenwärtiger Gesetzeslage kassieren wird.“

In Kürze erscheint die Studie in unserer Reihe Argumente zu Marktwirtschaft und Politik.

Trotz Konjunkturhoch: Sozialpolitik auf dem Irrweg

Kronberger Kreis zeigt, was Rücknahme vernünftiger Reformansätze bedeutet

Annähernd ein Drittel des Bruttoinlandsproduktes wird in Deutschland für Sozialleistungen verwendet. Damit sichert der Staat jedem Bürger einen Mindestlebensstandard zu. Um ein angemessenes Niveau der Sozialleistungen jedoch auf Dauer zu gewährleisten, muss sowohl das Marktsystem, in dem die Mittel erwirtschaftet werden, als auch das Sozialsystem, in dem ein erheblicher Teil dieser Mittel umverteilt wird, effizient arbeiten.

Doch dieses Zusammenwirken ist seit langem nicht mehr gegeben. Die Bestrebungen, zaghafte Reformansätze wieder in Stücken zurückzunehmen, machen deutlich, wie leicht sozialpolitisch argumentierte Eingriffe die Funktionsfähigkeit des Marktes und die Vertragsfreiheit der Bürger einschränken können. Der Kronberger Kreis hat daher vier zentrale Reformansätze im Bereich der Sozialpolitik ausgewählt und die derzeit angestrebten Aufweichungsmaßnahmen genau beleuchtet und auf ihre politischen Konsequenzen hin bewertet.

Am Beispiel **Mindestlöhne** – einem der vier untersuchten Irrwege in der Sozialpolitik – wird deutlich, dass jeder Bürger zwar ein Einkommen zur Verfügung haben soll, von dem er sich und seine Familie ernähren kann. Dies bedeutet jedoch nicht, es über den Markt zu erzwingen. Andernfalls wären in der Konsequenz Arbeitsplatzverluste vorprogrammiert, da kein Arbeitgeber den Zusammenhang zwischen Produktivität und Entlohnung außer Acht lassen kann. In der Folge käme es vor allem für diejenigen Menschen zu einer drastischen Verschlechterung der Beschäftigungschancen, die gerade aufgrund geringer Qualifikation in den Einzugsbereich der Mindestlöhne kämen.

Bei der **Rente mit 67** und der Berücksichtigung von Kindererziehungszeiten in der Rentenversicherung geht es um die Höhe und Verteilung der Rentenansprüche. Das Ziel, die Beitragsbelastung der künftigen Generationen zu begrenzen wird durch das Hinausschieben des Rentenbeginns jedoch nahezu vollständig verwässert. Neben einer Reihe von unsinnigen Ausnahmen liegt der Haupt-

konstruktionsfehler der Rente mit 67 darin, dass im Vergleich zum Status quo zusätzliche Rentenansprüche erworben werden. Um die Beitragsbelastung künftiger Generationen zu begrenzen, dürfte die Rente mit 67 aber nicht höher ausfallen als die bisherige Rente mit 65 Jahren.

Die **Verlängerung der Bezugsdauer von Arbeitslosengeld für ältere Arbeitnehmer** greift indessen in den Marktprozess ein und setzt falsche Anreize sowohl für Arbeitslose als auch für ältere Arbeitnehmer sowie für die Tarifparteien.

Und schließlich die **Beteiligung der Mitarbeiter am Erfolg des Unternehmens**. Diese Beteiligungsform kann vorteilhaft für beide Seiten sein, muss sie aber nicht. Eine staatliche Förderung dieser spezifischen Vermögensbildung lässt sich aber weder aus dem sozialen Auftrag ableiten, noch mit der Gleichbehandlung der Bürger vereinbaren.

Angesichts knapper öffentlicher Mittel und der hohen Abgabenlast ist es aber dringend erforderlich, die Effizienz der sozialpolitischen Maßnahmen zu verbessern und die negativen Einflüsse auf die Beschäftigung und Produktion abzubauen. Der Kronberger Kreis fasst abschließend zusammen: Das Marktsystem braucht ein soziales Sicherheitsnetz, damit die Menschen auch bereit sind, Risiken einzugehen. Das Sozialsystem

wiederum benötigt aber auch die Leistungsfähigkeit des Marktes als Basis für ein würdevolles Niveau an Mindestsicherung.

* Seit kurzem ist im Kronberger Kreis Prof. Dr. Lars P. Feld an die Stelle von Prof. Dr. Clemens Fuest getreten (siehe Blickpunkt II/2008), der noch Mitautor dieser Studie ist.



Johann Eekhoff



Juergen B. Donges



Wolfgang Franz



Clemens Fuest*



Wernhard Möschel



Manfred J. M. Neumann

KRONBERGER KREIS

Irrwege in der Sozialpolitik

Argument, Nr. 104, Stiftung Marktwirtschaft (Hrsg.), Berlin 2008.

Zum Herunterladen auf: www.stiftung-marktwirtschaft.de

Globaler Finanzmarkt – globale Verantwortung?

Fachgespräch mit Chefvolkswirt der Europäischen Zentralbank bei der Allianz

Mit dem Zusammenbruch der Investmentbank Lehmann Brothers im September 2008 hat die Finanzmarktkrise einen ersten Höhepunkt erreicht. In der Folgewoche widmete sich ein – von der Stiftung Marktwirtschaft lange im Vorhinein geplantes – hochkarätig besetztes Podium der Frage nach der Wahrnehmung von Verantwortung auf dem und für den globalen Finanzmarkt. Die sich zuspitzende Krise bot einen kontrastreichen Hintergrund für die Debatte um eine bessere internationale Governance.

In den repräsentativen Räumen der Allianz SE am Pariser Platz in Berlin traf ein ausgesuchtes Fachpublikum aus Ministerien, Politik, Wissenschaft und Finanzverbänden auf die Referenten. Für den Mitveranstalter Allianz SE sprach das Vorstandsmitglied Oliver Bäte. Er thematisierte den Mangel an Transparenz in einem „Schattenbankensystem“, innerhalb dessen mit unbekanntem Verschuldungsgraden gehandelt worden sei. Der aktuelle „Stresstest der Risikoabsicherung“ zeige, dass man nun zu den Fundamentalfaktoren eines funktionierenden Marktes, etwa durch ein angemessenes Verhältnis von Eigen- zu Fremdkapital bei den Kreditgebern zurückkehren müsse.

Ergänzend nannte Prof. Dr. Rüdiger von Rosen, Geschäftsführer des Deutschen Aktieninstituts, die Überarbeitung der Basel-II-Vorschriften, eine bessere Zusammenarbeit der Aufsichtsbehörden sowie eine wirkungsvolle Regulierung der Ratingagenturen für einen transparenten Bewertungsprozess als sinnvolle Maßnahmen.

In zentraler Position stand der Vortrag von Prof. Dr. Jürgen Stark, Chefvolkswirt und Direktoriumsmitglied der Europäischen Zentralbank. Stark benannte das „toxische Gemisch“ von hochkomplexen und intransparenten Finanzmarktinstrumenten in einem Umfeld von niedrigen Zinsen und niedriger Inflation als eine zentrale Ursache der Krise. Die Risiken seien vor allem am Ende der Handelskette nicht richtig verstanden worden. Neben einer Verbesserung der Vorschriften für eine stärkere Eigenkapitalunterlegung bei der Kreditvergabe nannte Stark die Überarbeitung von Bilanzierungsvorschriften als Reaktion auf die Verwerfungen. Es müsse klar werden, „was außerhalb der Bilanz laufe“. Gleichwohl warnte Stark vor einer drohenden Überregulierung des Finanzsektors. Dieser habe in den letzten Jahrzehnten einen wichtigen Beitrag zu Wachstum und Wohlstand erbracht; Finanzinnovationen dürften künftig nicht verhindert oder übermäßig erschwert werden.

In der Diskussion, an der u.a. der baden-württembergische Finanzminister Willi Stächele (CDU) sowie die Bundestagsabgeordneten Ludwig Stiegler (SPD), Carl-Ludwig Thiele und Christian Ahrendt (beide FDP) teilnahmen, wurden mögliche Konsequenzen aus der Krise debattiert. Stiegler empfahl das deutsche Banking als ein Vorbild für bessere weltweite Regulierung. Stiftungsvorstand Michael Eilfort mahnte abschließend an, der Staat sollte sich auf die wichtige Rolle des Regelwächters konzentrieren und nicht mehr zugleich Spieler, teilweise sogar „Mitzocker“ am Markt sein.



Von links: Prof. Dr. Michael Eilfort, Prof. Dr. Rüdiger von Rosen, Angela Wefers, Prof. Dr. Jürgen Stark, Oliver Bäte und Dr. Benno Freiherr von Canstein bei der Berliner Repräsentanz der Allianz am Brandenburger Tor. Ein ausführlicher Tagungsbericht ist erschienen und kann heruntergeladen werden: www.stiftung-marktwirtschaft.de

Lob von
Ludwig Erhard

Josef
Ackermann



„Es kommt also entscheidend darauf an, dass man in der unternehmerischen Wirtschaft gegenüber dem Staat jene stolze Haltung bewahrt, die ihren Ausdruck in dem dringenden Wunsch findet, von ‘zu viel’ Staat verschont und befreit zu sein“ (Ludwig Erhard). Was kann dem Staat und Steuerzahler also lieber sein, als ein Unternehmen, das Steuern zahlt, aber Bürgschaften nicht in Anspruch nimmt? Das sich in der Krise des Finanzmarkts deutlich besser geschlagen hat, als mancher mehrheitlich staatseigene Betrieb? Das in den letzten Jahren viele Arbeitsplätze geschaffen und für den Standort Deutschland eine besondere Bedeutung erlangt hat? Und was ist besser als ein Bankchef, der an das große Ganze denkt, am Rettungsschirm mitwirkt, aber ihn nach Möglichkeit nicht nutzen will? Gäbe es mehr Wirtschaftende und Bürger mit dieser Auffassung, müssten wir uns um den Zustand der Marktwirtschaft und vor allem die öffentliche Diskussion über sie weniger Gedanken machen.

Hellsichtig
davor,
hilfreich
danach

Otmar Issing



Für ihn kam die Finanzmarktkrise nicht überraschend. Als Chefvolkswirt der Europäischen Zentralbank und früheres Mitglied des Kronberger Kreises, dem wissenschaftlichen Beirat der Stiftung Marktwirtschaft, hatte er lange vor Ausbruch der Krise ein angemessenes Risikobewusstsein der Banken eingefordert. Nun trägt er als Leiter der von der Bundesregierung neu eingerichteten Expertenkommission zur Reform der internationalen Finanzmärkte dazu bei, unaufgeregt für Stabilität und neues Vertrauen in der Geldpolitik zu sorgen.

Unglücklicher
Start

Horst
Seehofer



„Die Renaissance der sozialen Marktwirtschaft wird von München ausgehen“, sagte der bayerische Ministerpräsident in seiner zweiten Regierungserklärung. Das kann angesichts der ersten Regierungserklärung Horst Seehofers nur als real existierende Drohung aufgefasst werden. Da hieß es: „Das Weltbild der letzten Jahre des absoluten Marktradikalismus, des absoluten Neoliberalismus ist zusammengebrochen.“ Wir wissen nicht, in welcher Welt der neue CSU-Chef gelebt hat, Deutschland kann er kaum gemeint und auch den letzten *Blickpunkt* nicht gelesen haben. Zur Erläuterung wiederholen wir es gern: Neoliberale sehen seit den 1930er Jahren Marktwirtschaft – in bewusster Abgrenzung zum reinen Kapitalismus – auch als moralisches Konzept, bejahen Solidarität und Gemeinwohlverpflichtung und wollen in Freiheit und Wettbewerb einen starken Staat als Regelsetzer und Regelwächter – aber bitte nicht als Mitspieler und (Landes-)Banker. Quod erat demonstrandum, Bavaria.

Der Quartals-
Quatsch

Ulrich Maurer



Foto: DieLinke.

Der frühere Vorsitzende der SPD Baden-Württemberg und Fraktionsgeschäftsführer der Linken im Deutschen Bundestag, dreht endlich das ersehnte große Rad – leider nur in die falsche Richtung. Bei den bodenständigen schwäbischen Häuslebauern kam er nie an, nun geht es in der Finanzmarktkrise an das ganz große und natürlich böse Kapital: Maurer und jetzt auch noch die IG Metall fordern Zwangsanleihen – der Staat soll investierunswillige Vermögende zwingen können, zu günstigen Konditionen Geld zu leihen. An wen? Und wer verteilt? Etwa die KfW per Eilüberweisung? Gute Investitionen finden auch ohne Zwang Investoren, bessere Rahmenbedingungen sind hilfreicher als Vorschriften. Angesichts dieser Idee erscheint der Satz des Genossen Honecker in neuer subtiler Doppeldeutigkeit: „Den Sozialismus in seinem Lauf halten weder Ochs noch Esel auf.“